

# Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 582. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Donnerstag, den 12. December 1878.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 15. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. December.

11 Uhr. Am Ministerial-Balkon, später Leonhard mit mehreren Commissarien.  
Der Gesetzentwurf betreffend die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geistlichen Klinik der Universität zu Berlin wird in dritter Beratung definitiv genehmigt und der Entwurf einer Hauberg-Ordnung für den Kreis Siegen an die verstärkte Agrarcommission verwiesen. Von verschiedenen Seiten wird der uralten genossenschaftlichen Bildung im Kreise Siegen ein lebhaftes Interesse bekundet; nur wünscht Abg. Parisius, daß die technische Aufsicht nicht von einem Beamten, sondern von dem Schöffensrath ausgeübt werde, der mit den wirtschaftlichen Verhältnissen an Ort und Stelle besser vertraut sei; schon die jetzt bestehende technische Aufsicht durch den Oberförster genüge nicht. Im Interesse der Erhaltung des Waldbestandes hätte Abg. Nebel es für wichtiger und dringlicher gehalten, wenn die Regierung lieber andere Genossenschaften, namentlich den Gebirgsbauern, ihre Fürsorge zugewendet hätte; worauf der Reg.-Commissar Geh. Rath Grothe erwidert, daß das Material betr. die culturwirthschaftlichen Verhältnisse der Waldtheile bei den genannten und allen ähnlichen Genossenschaften erst jetzt gesammelt werde. Sehr warm nimmt sich namentlich Abg. v. Heereman der alten Siegener Genossenschaft an und dankt der Regierung für die sie conservirende Vorlage, nur möge sie das frische Leben eines mehr als 500 Jahre alten Störperschaft durch volle Gewährung der Selbstverwaltung stärken und nicht um der Möglichkeit willen, daß in einzelnen Fällen etwas Schädliches verhindert wird, durch beherrschende Bevormundung herabdrücken.

Es folgt die erste Beratung des von dem Abg. Windthorst (Meppen) eingebrachten Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Gesetzes vom 31. Mai 1875, betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche. Der einzige Paragraph desselben lautet: „Die Auflösung der über die Auflösung von Niederlassungen der Orden und ordensähnlichen Congregationen der katholischen Kirche im § 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1875 enthaltenen Bestimmungen wird in Beziehung auf diejenigen am 1. December l. J. noch nicht aufgelösten Niederlassungen, welche sich mit dem Unterricht und der Erziehung der Jugend beschäftigen, bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung hiedurch sistirt.“

Abg. Bachem: Unter den zahlreichen Gesetzen, welche der kirchenpolitische Kampf uns oben gerufen, trägt keines so sehr den Stempel der Vereinigung gegen katholische Institutionen und der Leidenschaftlichkeit an der Stirn, wie das vom 31. Mai 1875; keines hat aber auch eine so tief gehende Verbitterung erzeugt. Das erklärt sich aus dem, was der Abg. Bachem neulich mit Rücksicht auf die Ausweisungen ausgeführt hat: dieses Gesetz enthält eine grausame Härte gegen lebendige Personen. Die katholische Bevölkerung berechtigt in diesen Personen die lebenden Beispiele jener Verdürftlichkeit und Aufopferung im Dienste des Nebenmenschen, welche das große Geheimnis der Lösung der socialen Frage, insofern hier von einer Lösung gesprochen werden kann, enthalten. Der ausopfernden Thätigkeit dieser Genossenschaften, welche jenes Gesetz zerstört hat, verdanken wir es, daß die Socialdemokratie und die Klassenengese in den westlichen Provinzen bei weitem nicht das Maß erreicht haben, wie in den anderen. Hier ist jene antisocialistische Thätigkeit, von der wir vom Ministerische aus so viel gehört, von deren wirklicher Bethätigung wir aber noch nichts wahrgenommen haben.

Das Gesetz enthält eine schwere materielle Schädigung zahlreicher katholischer Gemeinden, an welche sicherlich weder die Regierung noch die Majorität des Hauses beim Erlaß desselben gedacht haben. Das Material zur Abschätzung dieses Schadens findet sich in einer von den kirchlich-socialen Blättern gebrachten Statistik, welche jedoch keineswegs vollständig ist und gewisse von dem Gesetze betroffene Landestheile nicht umfaßt. Der durch das Klostergesetz verursachte Verlust befreit sich für die Bisthümer Köln, Ermland, Osnabrück, Fulda, Hildesheim in folgender Weise: Für 87 Anstalten mit 5000 Zöglingen gingen die Erzieherinnen ganz verloren, so daß die Anstalten sich auflösten. Für 65 Anstalten mit etwa 9000 Zöglingen mußten weltliche Lehrpersonen gewonnen werden; die directen jährlichen Mehrkosten machen für 35 Städte und Landgemeinden 142,163 Mark. Für Breslau beziehen sich die Ermittlungen auf 27 Stadt- und Dorfgemeinden. In 20 Gemeinden der Diocese Breslau bestanden durch Ordenspersonen geleitete Elementarschulen; die jetzt berufenen weltlichen Lehrkräfte verursachen durch höhere Gehälter u. s. w. eine jährliche Mehrausgabe von 36,400 Mk.; in 9 Gemeinden leiteten Ordensschwwestern Waisenhäuser mit 317 Kindern, jezt ist eine Mehrausgabe von 6060 Mark jährlich erforderlich. Für Rettungshäuser in 6 Gemeinden müssen, nach Auflösung einer dieser Anstalten 9000 Mark mehr verwendet werden. Die gesammten jährlichen Mehrausgaben für die Hälfte der zur Diocese Breslau gehörigen Gemeinden betragen sich auf 107,460 Mark; die Verluste, welche für Breslau, Schweidnitz u. s. w. durch den Wegzug der Ordenspersonen und Zöglinge entstanden sind, betragen etwa 344,000 Mk. Am schwersten ist die Diocese Köln betroffen worden. Die statistischen Ermittlungen beziehen sich auf 60 Stadt- und Dorfgemeinden, etwa zwei Drittel des Gebietes. In 44 Gemeinden waren Schulen mit zusammen 15,000 Kindern, durch das weltliche Personal wird hier eine Mehrausgabe von 135,823 Mk. verursacht.

In 23 Gemeinden befanden sich höhere Mädchenschulen mit 1867 Zöglingen; 12 dieser Schulen gingen ein, die Erhaltung resp. Erziehung der übrigen 11 verursacht eine jährliche Mehrausgabe von 48,000 Mk. Von den in 9 Gemeinden vorhandenen gemischten Industrieschulen wurden 8 geschlossen; ebenso 7 Verwahrungsanstalten für Kinder von 19, welche vorher existirten, die Führung der übrigen erfordert eine Mehrausgabe von jährlich 4955 Mk. Die Waisenhäuser resp. Versorgungsanstalten in 27 Gemeinden verursachen Mehrkosten in Höhe von 90,000 Mk für 25 Gemeinden; dabei hat noch ein rheinischer Bürgermeister einen Theil der Kinder durch öffentliche Ausbietung an den Mindestfordernden in Pflege gegeben. Die Gesammtemhrausgabe befreit sich in den gedachten Gemeinden auf 280,444 Mark. Hierzu kommen die Verluste der Geschäftsleute aus dem Wegzuge von 1093 ausgewiesenen Ordenspersonen und 600 Zöglingen, die im Auslande erjogen werden. Nach diesem mangelhaften, statistischen Material betreffen die Mehrkosten in 8 Diocesen 538,067 Mk., die Verluste 1,384,300 Mark. Für Osnabrück, Baderborn, Trier, Münster liegt eine Statistik noch nicht vor; aber gerade da sind besonders viele blühende Ordensgenossenschaften aufgelöst worden. Diese Folgen haben Regierung und Majorität des Hauses wohl nicht vorhergesehen, andernfalls müßte vom socialen Standpunkt ein Urtheil über sie gefällt werden, für das ich einen parlamentarischen Ausdruck nicht finden kann. Würde ein Privatmann unter Berücksichtigung seiner nächsten socialen Verhältnisse so verfahren, wie hier gegen das materielle Wohl zahlreicher Gemeinden verfahren wurde, so würde man in der Lage sein, das Interdictionsverfahren gegen ihn zu beantragen. Es ist ungefähr Alles ruiniert, was ruiniert werden konnte. Aber noch bestehen einige Genossenschaften von ganz besonderer Bedeutung; ich will nur zwei anführen: Nonnenwerth und Urweiler, welche den Rheinländern ganz besonders am Herzen liegen, in denen die moralisch und praktisch tüchtige Erziehung gegeben wird, welche unsere weltlichen Landestheile vor der socialen Verbitterung, die in anderen Landestheilen herrscht, bewahrt hat. Diese Institute sind von Mitgliedern der königlichen Familie gefördert worden, und es ist Allen bekannt, daß in schweren Tagen die Königin Elisabeth in Urweiler ein Asyl gefunden hat. In wenigen Monaten werden die dortigen Ordensmitglieder den anderen ins Ausland folgen, wenn nicht dem Gesetze in den Arm gefallen wird. In letzter Zeit ist viel von der milderen Stimmung gesprochen worden, die durch das Land und die Parteien gehen soll. Lassen Sie heute diese Regierung walten und nehmen Sie unseren Antrag an. (Beifall im Centrum.)

Cultusminister Dr. Fallt: Ich darf mich bei der Beleuchtung des vorliegenden Antrags um so eher auf den Standpunkt des gegebenen Gesetzes und nicht auf den de lege ferenda stellen, als die vom dem Vorredner angezogenen Gesichtspunkte bei der Beratung des Gesetzes erwogen und gewürdigt wurden. Auf das vorgebrachte statistische Material kann ich hier

nicht eingehen. Die von ihm citirten Blätter habe ich nicht studirt, für die Richtigkeit der Angaben fehlt mir jeder Anhalt und gegen die Nebenbemerkung über entgangenen Gewinn bin ich ein wenig mißtrauisch. Jedenfalls ist die Sache hier so vorgetragen, daß ich nicht im Stande bin, sie hier weiter zu verfolgen. Aber darüber waren wir alle bei jenen Verhandlungen einig, daß aus der Ausführung dieses Gesetzes den verschiedenen Factoren, den Communen wie dem Staat, Mehrausgaben erwachsen würden. Dennoch ist das Gesetz beschlossen worden.

Ich wende mich nun zu den verschiedenen Gesichtspunkten, aus denen ich Namens der Staatsregierung den Antrag zu stellen habe, daß das hohe Haus diesen Antrag verwirfen möge. Sie berühren einmal die Beziehungen, welche durch das sogenannte Ordnungsgesetz geschaffen worden sind und beruhen zugleich auf wichtigen allgemeinen Gesichtspunkten. Ich wende mich zunächst zu den Gründen der ersten Art.

In § 1 des Gesetzes vom 31. Mai 1875 heißt es: Der Cultusminister sei ermächtigt, für die Auflösung von Niederlassungen, welche sich dem Unterricht und der Erziehung gewidmet haben, bis längstens nach Ablauf von 4 Jahren — und dieser Ablauf tritt am 3. Juni 1879 ein — Ausstattungen zu gewähren, um für deren Ersatz durch anderweitige Anstalten und Einrichtungen Zeit zu lassen. Sollte nun der vorliegende Antrag eine bestimmte Fristverlängerung bezwecken, so habe ich zu sagen: dafür besteht kein Bedürfnis. Es gab bei Erlaß des Gesetzes 44 Genossenschaften im preussischen Staate, die sich ausschließlich oder theilweise der Erziehung und dem Unterricht der Jugend widmeten, und zwar wurde diese Thätigkeit geübt in 539 Niederlassungen und in 819 Lehr- und Erziehungseinrichtungen resp. Anstalten. Daß die Zahlen nicht einander decken, ist sehr erklärlich, denn viele Niederlassungen haben verschiedene Anstalten geleitet, verschiedene Zweede, die mit Unterricht und Erziehung zusammenhängen, in diesen Einrichtungen verfolgt.

Von diesen 819 Einrichtungen sind es 764, die bis zum 1. October d. J. aufgelöst worden und nur 52 bestehen noch in diesem Augenblick an 27 Niederlassungen, von denen, weil sie sich auch und vielleicht wesentlich mit der Krankenpflege beschäftigen, 8 für immer bestehen bleiben werden. Es ist bei der Auflösung der Niederlassungen und der einzelnen Einrichtungen im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen derartig verfahren worden, daß nach den verschiedenen Fällen genau gerathet wurde. Trotz der Mannigfaltigkeit der Fälle lassen sie sich etwa in zwei Kategorien zusammenfassen: in solche, in welchen ohne Weiteres die Auflösung eintreten konnte, weil Ersatz da war, und in die anderen, wo das nicht der Fall war. Die Zahl der ersteren war keine große; Concurrent-Anstalten, welche sofort Ersatz boten, befanden sich nur in den großen Städten. Andere Einrichtungen und Anstalten konnten nur zur Auflösung sofort gebracht werden unter zwei Gesichtspunkten: wenn nämlich die Zahl Derer, die Unterricht und Erziehung empfangen, eine so geringe war, daß die gewöhnlichen Schul-Einrichtungen des Ortes sofort ausreichten, um die betreffenden Zöglinge und Kinder einzufügen; oder in den anderen Fällen, daß aus sehr vielen Gemeinden die Kinder zusammengekommen waren und bei der Verteilung eine so geringe Zahl auf jede der Communen fiel, daß der erste Fall, den ich eben besprach, ebenfalls vorlag. Was die anderen Anstalten betrifft, so war der Hauptunterschied der, ob die betreffenden Ordensniederlassungen ganz selbstständig und für eigene Rechnung, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Anstalt führten, oder ob eine dritte Person, eine Commune, eine Privatperson, eine Stiftung der Anstalt war und die Ordensleute nur die Personen, denen die Anstalt zur Erreichung der für Unterricht und Erziehung gestellten Zwecke diente.

Die letztere Kategorie bot weniger Schwierigkeiten; es handelte sich dabei im Wesentlichen immer nur darum, an die Stelle von Ordenspersonal weltliches zu setzen. Anders war es mit der ersten Kategorie; da war allerdings häufig die Forderung eine unabweisliche, an Stelle der klösterlichen selbstständigen Anstalten eine andere selbstständige Anstalt, die mit dem Gesetze vereinbar ist, zu setzen. Nach diesen Grundfäden ist bei Auflösung der Niederlassungen verfahren worden und das Ergebnis habe ich Ihnen bereits vorher genannt. Nun, m. H., bei voller Einhaltung derselben Grundfäden werden, soweit von einem Erlaß überhaupt die Nothwendigkeit anerkannt werden kann (Oho! im Centrum) — und das ist in den meisten Fällen allerdings die Folge — die Institute in der Rheinprovinz und Ahrweiler, die Pensionate und, die nicht bloß Angehörige der Rheinprovinz und speciell des Regierungsbezirks Koblenz aufnehmen, sondern in denen sich auch zu einem sehr erheblichen Procentjah Ausländer befinden — diese Pensionate werden allerdings keinen Ersatz erhalten nach dem Termin vom 1. April 1879, denn ihre Angehörigen finden an zahllosen Orten und Stellen, wenn man sie aufsuchen will, Unterkunft. (Lebhafte Rufe im Centrum: Ausland!) Ich habe diese lebhaften Rufe nicht verstanden, kann mich also über den Eindruck, den ich von denselben empfangen habe, nicht äußern. Im Uebrigen sind die Anordnungen überall so getroffen, daß bis zum 1. April oder 1. Mai ein vollständiger Ersatz geschaffen werden kann, und die e Anordnungen werden durchgeführt werden, trotz des Widerstandes, der den befristeten Vereinbarungen gegenüber — ich weiß nicht, ob in einem directen oder indirecten Einklang mit dem vorliegenden Antrage — der Staatsregierung entgegengesetzt wird. M. H.! Von dem Standpunkte des Bedürfnisses ist der Antrag gerechtfertigt; aber, meine Herren, er ist nach verschiedenen Gesichtspunkten hin ein Antrag schwerer Ungerechtigkeit. (Unterbrechung im Centrum.) Lassen Sie mich doch erst meine Ausführungen machen!

Ich habe allerdings alle Ursache, Ihnen Gründe zu geben und nicht unerwiesene Behauptungen, und die Gründe sollen Sie eben jetzt hören. Sind dieselben für Sie nicht überzeugend, so haben Sie die Gewogenheit, sie zu widerlegen. Ich denke aber, wenn nicht Sie, so werden Andere durch diese Gründe überzeugt werden. M. H.! Die Schwierigkeiten bei Ausführung des Gesetzes vom 31. Mai 1875 beruhen bei weitem nicht in dem Mangel von Ersatzmitteln. Nur etwa in den ersten Jahren war es der Lehrermangel, der Schwierigkeiten bereitete. Er ist für die hier vorliegenden Zwecke überwunden, es sind Lehrer und Lehrerinnen, und zwar gerade katholischer Confession, in einem Maße in den letzten Jahren ihrer Ausbildung zugeführt worden, daß bei allen diesen Anstalten, die noch in Frage sind, ein Mangel in dieser Beziehung nicht mehr eintreten kann. Allein in der Rheinprovinz bilden zur Zeit nicht weniger als 10 staatliche Seminarier Lehrer aus und zwei staatliche Seminarier Lehrerinnen. (Auf im Centrum: Aber welche!) M. H., soll ich denn hier den Staatsberathungen vortreten und das Haus mit der Discussion über ihre voraussichtlich reichlichen Vorwürfe, daß dort schlechte Lehrer ausgebildet werden, aufhalten? (Sehr gut! links.) Außerdem bestehen zu gleichem Zweck Ausbildungscurse in Köln, Düsseldorf, Koblenz und Aachen; die Anstalt zur Ausbildung katholischer Lehrerinnen zu Münster ist durch einen erheblichen Staatszuschuß in ihrem Bestande gestiegen. In der Provinz Westfalen sind die Anstalten zu Herde und Baderborn weiter ausgedehnt und eine Anstalt in Minkeln neu gegründet. Für Hildesheim und Osnabrück wird durch die Ausdehnung des Seminars in Hildesheim ausreichend gesorgt. Das Seminar zu Montabaur ist wesentlich ausgedehnt worden und in ein weiteres Stadium getreten. Es ist auch nicht die Bedürftigkeit der Communen, welche die Durchführung des Gesetzes besonders erschwert hätte, denn nachdem in dem Etat pro 1876 der Landtag der Monarchie der Staatsregierung jenen bekannten Fond für die Unterstützung von Mädchenschulen bewilligt hatte, waren die Mittel vorhanden, durch deren Gewährung die Communen in den Stand gesetzt wurden, Anstalten zu gründen und zu unterhalten.

Man kommt doch vielleicht bei dieser Position zu einer näheren Erörterung; ich würde Ihnen sonst auch über das Prosperieren solcher Anstalten Auskunft geben können, die glücklicherweise die dunklen Vorherjagungen der verehrten Herren aus dem Centrum nicht bewahrheiten; heute wird sie aber wohl nicht hierher gehören. Am meisten hat diese Sache der überall hervorbreitende active und passive Widerstand erschwert, den man durch alle möglichen Gründe beschönigte, die man erst abschneid, wenn von der Regierung harter Ernst gemacht wurde. Dann verschwand diese Opposition. So liegt es auch mit einem erheblichen Theil der Anstalten, die noch nicht aufgelöst worden sind. Diese Zahl wäre ohne den erwähnten Widerstand noch geringer gewesen. Es ist auch möglich, daß hier

und da die ausführenden Organe es an der erforderlichen Energie fehlen ließen. Welchen Erfolg würde die Annahme dieses Antrages zur Folge haben? Demjenigen, welche Widerstand leisteten gegen das Gesetz, würde eine Belohnung dafür gewährt, und Diejenigen, die sich loyal mit großen Opfern dem Gesetze unterworfen haben, würden ihre Gesethestreue unbelohnt sehen. Das ist die Ungerechtigkeit, von der ich gesprochen habe und welche so groß sein würde, daß der Unmuth darüber notwendig dazu führen würde, die entferntesten Ordensleute zurückzurufen und die Niederlassungen wieder herzustellen. Das kann die Staatsregierung nimmermehr! (Auf: Sie nicht!) Nicht bloß diese Staatsregierung. Es handelt sich hier um ein Specificum der ganzen ersten Anwendung des Gesetzes, um die Schulen, und die Erklärung gebe ich Ihnen ab, um der Zukunft willen wird die Staatsregierung in Bezug auf die Schulen nichts wieder nachgeben. Ich sage das, um gewisse Belletitäten, die auftreten, um das Schulaufsichtsgesetz abzuändern, abzuschneiden; das ist eine für die Staatsregierung ganz undiscutirbare Frage. (Beifall links.)

Man wird nun allerdings diesem entschiedenen Nein der Regierung in Bezug auf diesen Antrag entgegenhalten, sie führe den Frieden auf den Lippen, aber innerlich wolle sie von ihm nichts wissen. (Sehr wahr! im Centrum.) Es war tatsächlich sehr geschickt, daß sie diesen Antrag vor dem zuerst eingebrachten zur Verhandlung gebracht haben, denn dieser Antrag ist populär. Sofort als die Rede von einem Frieden zwischen Staat und Kirche war, erschienen Eingaben, welche in Bezug hierauf die Wiederkehr der Ordensschwwestern bezweckten. Dieser Antrag erweckt auch nach andern Seiten hin Sympathien und wenn er allein stände, würde es Ihnen vielleicht gelingen, in weiteren Kreisen den Ernst Ihrer Friedensliebe zu beweisen. Das kann ich aber nicht zugeben und um auf die Position der Regierung kein falsches Licht fallen zu lassen, muß ich den Hintergrund dieses Antrages, den Antrag auf Wiederherstellung der Art. 15, 16 und 19 der Verfassung näher in das Auge fassen. Sachlich ist es Ihnen mit dem letzteren Antrage unweifelhaft ernst. Sie haben mit allen Kräften der Aufhebung dieser Verfassungsartikel widerstrebt und nachher ihre Wiederherstellung angestrebt und nach den Reden Ihrer Führer haben Sie als Ausgangsziel dieses Kampfes noch viel größere Garantien erstrebt. Ein Frieden auf diesen Grundlagen wäre Ihnen gewiß der genehmte. Ich begreife aber nicht, wie Sie andern Leuten als Ihren unbedingten Anhängern die Ueberzeugung beibringen wollen, daß Sie auf diesem Wege mit Ernst vorgehen. Was wollen Sie mit Ihrem Verfassungsantrag? Sie wollen zunächst ungeschwiegen machen ein Vorgehen der Staatsregierung, welches nicht nur seiner Zeit die principielle Klarstellung bezweckt, sondern endlich einmal eine unbedingte gesetzliche Basis zu erhalten, weil Sie stets auf dem Boden dieser Verfassungsartikel die erlassenen Maßregeln bekämpft haben. Nach Wiederherstellung der Verfassungsartikel werden Sie mit größerem Rechte diese Kampfweise wieder aufnehmen: Sie müthen also der Staatsregierung einen Frieden zu auf der Basis der unbedingten Unterwerfung. (Sehr wahr!)

Das müthen man wohl einem niedergeworfenen und geknebelten Gegner zu, aber nicht einem, der aufrecht steht und stehen bleibt. (Beifall links.) Wenn solche Bedingungen einem solchen Gegner gestellt werden, da muß in ihm — ich will davon nicht reden — nicht nur das Gefühl der Verletzung aufgenommen, sondern er muß es betrachten, wenn nicht gar als eine Verhöhnung, so doch als eine absolute Unmöglichkeit. Da kann sich jeder verständige Mensch an seinen fünf Fingern abzählen: da ist ein Frieden unmöglich. (Sehr richtig!) Und die Herren sind ja so klug (Heiterkeit), daß sie sich das selbst sagen. Wer wird Ihnen denn glauben können, daß Sie wirklich Frieden wollen? (Unruhe im Centrum.) Der Vorwurf, wenn er gekommen ist, Sie wollten ihn nicht und seien darum ein Hindernis des Friedens, der wird Ihnen bei solchen Erwägungen unauslöschlich bleiben. Es sind in der That utopische Bestrebungen, die in solchem Antrage Ausdruck finden (Auf im Centrum: Abwarten!) und ich erlaube mir, Sie in die Wirklichkeit zurückzuführen. Die Staatsregierung hat in den letzten 6 bis 7 Jahren keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Kampf nicht um des Kampfes, sondern um des Friedens willen führt. (Widerpruch im Centrum.) Ich weiß ganz genau, daß, als ich die ersten sogenannten Maßregeln auf den Tisch dieses Hauses niederlegte, ich mit vollem Nachdruck diesem Gedanken Ausdruck gab; und nicht bloß in meinen Worten, sondern auch in denen maßgebender Persönlichkeiten ist derselbe Gedanke bei den vielfachen Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen. Ich habe freilich eben Rufen und Lachen gehört — jedenfalls ein Ausdruck dafür, daß man das für eine Redensart hält. Ich bitte Sie nur, den rein menschlichen Standpunkt ins Auge zu fassen — einen Kampf mit diesen führt kein Mensch um des Kampfes willen, weil er es nicht aushalten kann. (Unruhe.)

M. H.! Der Präsident des Staatsministeriums hat eine Gelegenheit wahrgenommen, um Ihnen zu sagen, er hoffe auf den Frieden zu einer Zeit, wo einmal ein friedliebender Paß da sein werde. Nun, meine Herren, der Fall ist eingetreten. (Hört! Hört!) Der Paß Leo hat seine friedliebende Gesinnung vielfach ausgedrückt, und damit war nicht bloß die Gelegenheit, sondern auch die Pflicht für die Staatsregierung erwachsen, der Frage näher zu treten, ob sich jezt durch Erörterungen eine Basis für den Frieden gewinnen ließe; sie konnte sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Aber die Natur dieser Basis war auch eine gegebene; sie findet ihren Ausdruck in dem Ihnen allen bekannten Schreiben Sr. kaiserl. und königl. Hoheit des Kronprinzen an Se. Heiligkeit den Paß, und dort ist als Basis für den Frieden bezeichnet worden die Wegweisung der principiellen Fragen, die zu principiellen Gegenfäden führten, aus den Erörterungen. Die Aufmerksamkeit würde zunächst auf solche Punkte zu lenken sein, deren Ausdehnt einerseits ohne Verletzung der kirchlichen Principien möglich ist. Und, m. H., der Raum ist gar kein enger. Ich darf Sie nur an das erinnern, was in andern Ländern als zulässig gilt, wie viele und empfindliche Bestimmungen der sogenannten Maßregeln schon unanwendbar wären, wenn nur ein Weniges geschieht, und manches Andere würde sich noch finden. Wenn nun dem so ist, wenn auf beiden Seiten der rechte Wille besteht, zu einem Frieden zu gelangen, so meint man — und dies ist eine recht weit verbreitete Meinung — daß der Friede womöglich in wenigen Wochen da sei. M. H.! Das rechte Wollen des Friedens reicht unter so schweren Verhältnissen nicht aus; es kommt Vieles in Betracht. Es ist, wenn man von den Verhandlungen nichts weiß, bekanntermaßen eine große Reizung da, Nachrichten zu erfinden. Diese Reizung scheint mir hier durch einen irrigen Schluß aus der Friedensliebe und der friedfertigen Gesinnung auf baldiges Eintreten des Friedens verfaßt zu sein. Darum die vielen in der Welt umhergeschwirrenden falschen Nachrichten, die, obwohl man sie bei einigen Ansehen sofort als unmöglich erkennt, doch geglaubt werden.

Worin liegt denn die große Haupt-Schwierigkeit? Nach der einen Seite hin will ich es nicht weiter ausführen, es scheint mir aber doch der Bemerkung nicht unwerth zu sein: auch der friedfertige Träger der Curie bleibt doch immer Träger der Curie. Und was für einen Charakter muß denn der Friede haben? Er muß doch ein möglicher sein, nicht einer, wie die Herren mit ihrem Antrage wegen der Verfassungsartikel wollen, nicht ein solcher, der auf eine unbedingte Unterwerfung des Staates hinausläuft; nicht ein solcher, der das Unternehmen des Staates aufheben soll, in das er eingetreten ist, um sich selbst zu restituieren und um sich die Fähigkeit wiederherzustellen und zu erhalten, allen Concessionen gerecht zu werden. Wenn ein solcher Friede kommen sollte, dann wäre vielleicht kein Ausdruck hart genug, um den Eintritt in dieses Unternehmen zu brandmarken und zu kennzeichnen. Bedenken Sie doch Eines, meine Herren: Wenn ein solcher Friede geschlossen wird — die Weltgeschichte lehrt es uns — nach gemeinsamem Zeitraum kommen dieselben Fragen wieder in Betracht, und da sollte die Staatsregierung das, was sie in diesem schweren Kampf mühsam errungen hat, ohne Weiteres dahingeben? Nein, meine Herren, das Mindeste, was Sie ihr dann entgegenhalten könnten, wäre das Wort: „unverantwortlich!“ Das ist der Standpunkt der Regierung, innerhalb dieser Grenzen wird sie es an Entgegenkommen nicht fehlen lassen und nicht ablassen, mit der anderen Seite Uebereinstimmung zu suchen und dahin zu wirken, daß sie gefunden werde. Nun hat man im Laufe der Zeit der Staatsregierung verschiedene Recepte gegeben, um die Schäden zu heilen, u. A. das etwas

eigenthümliche durch Nichtanwendung der Gesetze die Sache einschließen zu lassen. Ob es an der Stelle, wo ich es fand, überall ernst gemeint war, das weiß ich nicht. Jedenfalls steht aber Eines fest, daß die Herren im Centrum unter milder Anwendung immer Nichtanwendung verstehen, und daß ihre Presse sagt: das wäre uns schon ganz recht, wenn wie in England ein Abrogiren der Gesetze durch Nichtanwendung derselben im Laufe der Zeit herbeigeführt würde.

Man hält sogar in nicht unwichtigen Kreisen, in denen man von den preussischen Verfassungsverhältnissen nicht genaue Kenntniß hat, derartige Stimmen für sehr beachtenswerthe. Und wenn das eine Mittel nicht geht, dann heißt es von vielen Seiten, daß die Staatsregierung aus eigener Erwägung dahin kommen müsse, die Gesetze zu ändern, und wir wurden von allen Seiten erst reichlich mit Vorschlägen bedacht, wie diese Gesetze durch ein einseitiges Vorgehen der Staatsregierung geändert werden könnten. U. S., ich habe Ihnen wiederholt die Voraussetzungen bezeichnet, bei deren Eintritt die Staatsregierung sich die Frage vorlegen könne, ob und was etwa von den sog. Maigesetzen zu ändern sei. Der Grundgedanke dieser verschiedenen Meinungen ist der, daß die Voraussetzung einer solchen Prüfung ein gesicherter Friede sei. Diesen Standpunkt muß auch heute die Regierung festhalten, sie kann nicht eher an die Beantwortung der Frage gehen, als bis die Garantien für den Frieden gefunden sind. Diese Garantien sind offenbar nicht ohne Einfluß auf das Maß einer solchen Prüfung. Nichtsdestoweniger kommen von allen Seiten Aenderungsvoor schläge, die in ihrer Gesamtheit wohl den Wünschen des Centrums genügen würden. Ohne die gewisse Zuversicht auf die Erlangung des Friedens kann die Regierung nicht ohne Gefahr für den Staat eine Position nutzlos aufgeben, die sie in schwerem Ringen gewonnen hat. Das Geänderte würde schätzenswerthe Dankbar acceptirt, aber wie steht es mit der Abtattung des Dankes durch die That? Wo ist die Garantie dafür? Eine solche That der Regierung die Bevölkerung nicht günstig aufnehmen als eine That der Gerechtigkeit, sondern als eine That der Hilflosigkeit und Schwäche. Das sagen die Herren vom Centrum und ihre Presse alle Tage, so daß man sagen kann, es singen's die Spaken auf den Dächern. Es wird überall geschildert, in welcher traurigen Verfassung der Staat sich befinde und daß es die allerhöchste Zeit sei in Unterhandlungen einzutreten, nachzugeben und zu ändern, wenn wir nicht zu Grunde gehen wollen.

Ja, m. H., wer wollte wohl die vorhandenen Uebelstände leugnen, aber sie müssen getragen werden angesichts der großen Aufgabe, die seitens des Staates zu lösen ist. Ueberdies werden die Schwierigkeiten durch die laute und kräftige Stimme der Herren im Centrum noch wesentlich vergrößert. Sie unterstützen sie — wenn Sie auch Widerspruch dagegen erheben — durch Mitwirkung aller möglichen Mittel, insbesondere durch Heranziehung von Stimmen aus andern Lagern. Man bringt mit dem Culturkampf Ereignisse in Verbindung, die mit denselben in gar keinem oder nur einem sehr losen Zusammenhange stehen, und jene kräftigen Stimmen tragen das dann weiter. Es ist mir nicht zweifelhaft, daß es in Rom Ohren giebt, die diese Stimmen sehr gut hören und deren Träger darauf Bedacht nehmen, den Schall dieser Stimmen an die noch maßgebenderen Stellen zu tragen. Die Regierung ist sich recht wohl bewußt, daß sie im gegenwärtigen Augenblicke bezüglich der ihr sehr dringlich erwünschten Beilegung des Conflicts sich in einer schwierigen Situation befindet. Sie hat nicht allein gegen die exorbitanten Forderungen des Centrums zu kämpfen, sondern auch gegen Factoren, welche von Anfang an die Gesetze nicht wollten und die nun natürlich auf ihre früheren Argumentationen zurückgehen und sich darauf berufen, daß sie dies von jeher prophezeit hätten. Endlich findet sie — und das ist vielleicht das Vellagenswerthe für die Regierung — auch unter ihren Freunden manche Stimmen, die geleitet werden durch jene Eindrücke und Stimmungen, von denen ich sprach. Die Staatsregierung sieht auch, daß von rechts und links Parteispeculationen eintreten, wenigstens der lebhafteste Wunsch auf einen Zerfall des Centrums geäußert wird, damit die Herren von rechts und links Elemente zum Zuwachs haben. (Hört!) Ob nicht auch die letzten Wochen derartigen Partien klar gemacht haben, daß viele Maßnahmen vielleicht nicht immer so hart sein müßten, aber unter Umständen auch nicht anders als hart sein konnten.

Man sieht eine große Anzahl von Pfarreien verweist und bedenkt dabei freilich nicht, daß die Staatsregierung hiergegen machtlos ist, während in allen Bistümern, wo die Ordnung noch da ist, auf die allerletzte Weise diesem Mißstande abgeholfen werden kann. Unter solchen Eindrücken ist es wohl erklärlich, daß auch Factoren, die der Regierung sonst sehr nahe stehen, denselben unterliegen und den großen Gesichtspunkt, um den es sich handelt, zeitweise verlieren. Bei diesen Elementen wird die fühlere Ermüdung immer wieder zum Durchbruch kommen. Die Regierung mußte im Voraus, daß solche Stimmungsumschläge möglich sind und beschleunigte deshalb seiner Zeit möglichst den Erlaß der notwendigen Gesetze. Sie ist von der Nothwendigkeit derselben auch noch jetzt durchdrungen, sie glaubt, daß grade der Besitz dieser Gesetze eine unabwendbare Nothwendigkeit für sie war, wenn sie überhaupt mit Ernst zu einem geordneten Frieden kommen will. Darum wird die Regierung diese Position, solange die von mir bezeichneten Voraussetzungen nicht erfüllt worden sind, sondern die Erfüllung noch gesucht wird, festhalten auch gegen die Strömung. (Lebhafte Beifall links und rechts. Zwischen im Centrum.)

Abg. Richter (Sangerhausen): Meine politischen Freunde und ich werden diesen Antrag einfach ablehnen. Ich erkenne die ruhige, sachliche Einführung des Antrages an und theile mit dem ersten Redner die Hochachtung für die Frauen, welche sich der Erziehung der Jugend widmen. Ich bedauere es ihm und seinen Freunden nicht, wenn sie ihrer Anerkennung für die Erzieherinnen ihrer Frauen und Töchter hier lebhaften Ausdruck geben. Mit Geduld ist aus tatsächlichen Rücksichten dieser Antrag an die Spitze der diesjährigen Verhandlungen gestellt. Sie wollten Fühlung erhalten, wie das Haus gestimmt sei, ob es wohl einer Revision der Maigesetze gewagt sei, bevor sie das schwere Geschäft der Verfassungsänderungen in das Feld führen. Wenn es sich nur um einige Frauen handelte, dann könnten wir ja ohne alle politischen Rücksichten Ihren Wünschen entsprechen. Aber dieser Antrag steht im Zusammenhang mit einem anderen, es handelt sich um das gesamte Unterrichtswesen. Es ist ja historisch richtig, daß in früheren Zeiten die Klöster große Verdienste sich um unser Unterrichtswesen erworben haben, aber seit einem Jahrhundert haben sie nichts für die wissenschaftliche Fortentwicklung der Pädagogik gethan. Unsere Volksschule ist erst durch den Staat geworden, was sie jetzt ist. Wenn das eine Wahrheit ist, dann trifft das Gremel des Abg. Bachem über die materielle Schädigung der Gemeinden durch das Gesetz nicht zu. Denn auch die Klöster haben große Summen aus den Gemeinden herausgepreßt. (Widerspruch im Centrum.) Wir wenden ja jetzt auch viel mehr im Staate für das Unterrichtswesen auf, als früher. Wie hier, so wird auch in den Gemeinden der Mehrausgabe die Hebung des Volksunterrichts entsprechen. Die Stiftung des Gesetzes würde die moralische Verpflichtung der gänzlichen Aufhebung des Gesetzes involviren, während doch das Ueberhandnehmen der klösterlichen Anstalten eine europäische Frage ist. Wir könnten vielleicht Ihrem heutigen Wunsche willfahren, wenn wir bei Ihnen die feste Absicht des Friedens erkennen würden. Wir gewahren aber Ihrerseits nur Spannung des Kampfes, und bis wir Garantien für das Gegentheil haben, müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Auslassungen des Ministers hätte ich bei diesem einfachen Antrage nicht erwartet; er hat es sehr eilig gehabt, dem Lande zu zeigen, daß er die Fahne „gegen Rom“ auch heute noch festhält. Es ist bezeichnend, daß man anerkennt, die Curie ist friedliebend — wir sind es auch — dennoch fortwährend ruft: „gegen Rom“. (Sehr gut! im Centrum.) Niemand ist weniger legitimirt, eine Aera des Friedens zu inauguriren, als der Cultusminister. Unser Antrag will die Stellung des Ministers nicht erschüttern, seine Anträge gegen uns würden sie wieder beseitigen; aus diesem Anlaß hätten wir den Antrag vielleicht nicht stellen sollen. Aber Personen zählen in diesem Kampfe nicht; dieser oder jener Minister ist nicht ausschlaggebend, zumal die Mitarbeiter des Ministers die bestimmenden Elemente sind. Ob es nützlich ist, daß der Minister seine Material aus den Quellen schöpft, die den Kampf vergiften, ist eine andere Frage. Dem Minister kann ich das Compliment der Geschicklichkeit, welches er mir oft gemacht hat, nur zurückgeben, indem er Gesichtspunkte in die Debatte warf, die mit dem Antrage nichts zu thun haben. Er hat gesagt, kein Mensch finde Gefallen am Kampfe um des Kampfes willen; wir wollten den Frieden nicht, sondern den Kampf, wenn er uns damit nicht die Qualität von Menschen absprechen wollte, wäre er in einen unlöslichen Widerspruch verfallen. Wir wünschen nichts feiner, als das Ende dieser Streitigkeiten im Interesse des Staates, aber auch im Interesse der Kirche, die aus tausend Wunden blutet und deren Leiden uns nicht gleichgültig sind. Ein preussischer Minister soll gesagt haben, bei den Verhandlungen habe man nichts zu bieten. Ich halte das für eine Verleumdung, denn ich kann mir nicht denken, daß ein Rathgeber der Krone gegen die Leiden der katholischen Bevölkerung so gleichgültig ist, daß ein Aufhören derselben nicht genug geboten sein sollte. (Beifall im Centrum.)

Uns liegt im Interesse des Staates an dem Aufhören des Kampfes, weil wir anerkennen, daß ohne staatliche Autorität ein Friede nicht möglich ist; die Zustände auf socialem Gebiete sind schon so erschreckend, daß ich ein

Ende nicht absehen kann. Wir müßten daher blödsinnig sein, wenn wir uns nicht auf den Staat stützen wollten. Der Minister hat uns allerlei von den Absichten der Regierung erzählt, aber eine Basis für die Verhandlungen nicht gegeben, sondern sich auf das Schreiben des Kronprinzen an den Papst berufen. Ganz entsprechend seinem ehlen Herz hat dieser Fürst die Friedensnothwendigkeit betont und seinen Wunsch nach Frieden ausgesprochen, aber den Sinn, den der Cultusminister hinein legte, habe ich nicht darin gefunden. Der Kronprinz hat gesagt, die Frage der Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche wird nicht gelöst werden, aber kein Trüger der preussischen Krone wird auf das Recht verzichten können, die Grenze selbst zu bestimmen, ebenso wenig wie der Papst auf dies Recht seinerseits verzichten werde. Daraus folgt, daß ein Vertrag zwischen beiden Autoritäten stattfinden muß, ein Sach, den auch ich in allen Debatten festgehalten habe. Im Namen aller Katholiken sage ich dem Kronprinzen meinen warmsten Dank für seinen Ausdruck, und wünsche, daß auch den Ministern dieser Geist der Verschönllichkeit eingeprägt werden könnte; wenn sie sich dafür unempfindlich zeigen, sollte man sie entlassen. Wenn der Minister erklärt, daß er auf den Maigesetzen stehen bleibe, so sind alle seine Friedensversicherungen nur leere Phrasen. (Sehr richtig! im Centrum.) Das habe ich immer gefürchtet und mein einziger Trost ist nur, daß der Minister Fall nicht die letzte Instanz ist. Der Minister hat gesagt, daß man gewisse Gesetze auszuführen lassen könne.

Die Maigesetze enthalten für die Regierung so viele Vollmachten, daß eine wohlwollende Regierung ein großes Maß der Bitterkeit beseitigen könnte. Aber die Regierung hat immer die Facultäten in der schärfsten Weise angewendet; und wenn auch der Minister sehr oft zur Milde geneigt gewesen wäre, seine Mitarbeiter im Ministerium hätten sich widersetzt. (Große Heiterkeit.) Selbst wenn man die Forderung gestellt, die Gesetze ruhen zu lassen, so würde eine solche Forderung doch abzulehnen sein, weil keine Garantie vorhanden ist, daß man immer ein wohlwollendes Ministerium hat, denn nach dem gansen Gange der Geschichte kann man, die Regierung Friedrich Wilhelms IV. und den Anfang der Regierung des jetzigen Königs ausgenommen, nachweisen, daß man in Preußen stets die katholische Kirche zu unterdrücken versucht hat. (Widerspruch und Heiterkeit.) Auf dem Boden der Maigesetze ist ein Friede absolut unmöglich. Man hat von einer Revision derselben gesprochen, darin aber keine genügende Garantie gefunden. Welche andere Garantie reicht denn aus, wenn nicht eine im Gesetze festgestellte? Der Minister hat auch von Garantien gesprochen; ich glaube, er würde verlangen, das Centrum solle sich auf Gnade und Ungnade ergeben, einige zarte Andeutungen hat er gemacht, indem er auf unser und unserer Presse Verhalten hinwies. Dem gegenüber erkläre ich mit Zustimmung aller Fraktionsgenossen und aller wahrhaften Katholiken (Unruhe): Wir werden jede Verständigung der Regierung mit der Curie mit Freuden begrüßen (Beifall im Centrum) und uns derselben unbedingt und ganz unterwerfen, selbst wenn dem Staate des lieben Friedens willen zu viel Concessionen gemacht sein sollten. (Beifall im Centrum.)

Aber in politischen Fragen werden wir unserer innersten Ueberzeugung folgen. Das eine sollte jedem einleuchten, daß, wenn die kirchlichen Kämpfe beseitigt sind, wenn wir das Wohlwollen der Staatsgewalt gegen die Katholiken erkennen, daß wir dann, wo ein Zweifel sein könnte, wahrscheinlich gern geneigt sein würden, mehr als sonst unsere Neigung mit sich bringt, auf Seiten der Regierung zu stehen. (Bewegung.) Aber bei den Principienfragen werden wir stets auf der Seite der Verteidiger der Freiheit stehen, oder, da dieselben fast verschwunden sind, werden wir allein fortfahren, die Fahne bürgerlicher Freiheit hoch in den Lüften flattern zu lassen, und auch diesen Kampf siegreich bestehen. (Beifall im Centrum.) Instructionen von Rom habe ich niemals erhalten; die Curie lehnt dies auch entschieden ab, weil dann der Vorwurf begründet wäre, sie mische sich in innerstaatliche Angelegenheiten. Die Kirche tritt für keine bestimmte Staatsverfassung ein, weil sie die verschiedensten Beziehungen zu unterhalten hat und jeder Katholik kann sich auf weltlichem Gebiete frei bewegen. Es ist begreiflich, daß wir, die des Friedens bedürfen, eine Basis suchen, eine Basis, die 25 Jahre im Staate Preußen moralische Eroberungen gemacht hat, werthvoller als die des Eisens. Die Basis ist gefunden in der Verfassung, die der edelste Herrscher Preußens, der Monarch, der die Parität am besten verstand, genehmigt hat — ich glaube, auch der jetzige Monarch hat dieselbe Genügnung, aber wir sind ausgeschlossen aus diesem Kreise, ausgeschlossen von allen officiellen Beziehungen und werden wie die Paria behandelt.

Diese Basis wieder aufzunehmen soll ein Hohn sein! Ich weiß nicht, wie ich diese Worte auslegen soll gegenüber den Autoritäten, von welchen die drei Artikel ausgegangen sind. Es ist mindestens eine bittere Kritik im Munde eines Ministers einer Monarchie, die doch eine Continuität darstellen soll. (Sehr gut! im Centrum.) Redner geht nun auf zur Berathung stehenden Antrag ein und führt aus, daß derselbe nur die Erhaltung der noch bestehenden Ordensanstalten, die besonders den Unterricht betreiben, bezwecke. Wenn man den Frieden will, muß man erst einen Waffenstillstand abschließen, dazu gehört aber vor Allem, daß man den Kampf einstellt und nicht in geschärfter Weise fortführt. Der Antrag sei vollständig unpraktisch, er sei aber auch nutzbringend, denn bei dem allgemeinen Lehrmangel könne ein Ersatz für die Schulschwelmer nicht geschafft werden. Ehe die Katholiken ihre Kinder den Simultanfchulen anvertrauten, sollten sie dieselben lieber ins Ausland zur Erziehung schicken. Daß die Schulschwelmer, diese armen, schwachen Frauen, dem Minister Widerstand geleistet, befreite er; sie hätten nur ihr Recht, das Billigkeitsgefühl der Gesetzgebung anzurufen gebraucht. Der vorliegende Antrag ist von ihnen nicht beeinflusst, sie wissen nichts davon. An den Minister wende ich mich bei seiner Gemüthsbeschaffenheit nicht, aber an Sie, meine Herren; erlauben Sie diesen armen Frauen, im Vaterlande ihr Brot zu erwerben und die heimische Luft zu athmen. (Beifall im Centrum.)

Cultusminister Falk: Ich habe dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn ein Gegner dem anderen, der unbeseigt und widerstandsfähig ist, Bedingungen vor schlägt, die man nur einem total unterworfenen Maat, das nur ein Hohn sein kann. Nichts anderes habe ich gesagt, am Allerwenigsten das, was in wunderbarer Gestaltungskraft der Redner daraus gemacht hat. Sollte ferner Jemand aus meiner Aeußerung geschlossen haben, daß ich irgend wie an ein Concordat gedacht hätte, so würde das ein ebenso unerklärlicher wie vollständiger Irrthum sein.

Es wird von den Abg. Haude, Windthorst (Bielefeld), Richter, Graf Bethusy, Graf Limburg-Sürum und Dr. Echow der Antrag eingebracht, über den Antrag Windthorst zur Tagesordnung überzugeben. (Nach der Geschäftsordnung darf nur ein Redner für und nur einer gegen einen solchen das Wort ergreifen.) Abg. Haude: Ich kann im Namen sämmtlicher Unterzeichner des Antrages den Abg. Windthorst versichern, daß der Antrag auf Tagesordnung nichts Feindseliges oder Verlezendes enthalten soll, und daß wir mit ihm den Ernst der Situation fühlen. Wir sind aber nach einer leidenschaftlichen Erwägung seines Antrages aus folgenden Gründen dazu gekommen, die Tagesordnung zu beantragen. Meine politischen Freunde und wohl der größere Theil des Hauses konnten den Antrag des Abg. Windthorst nicht als einen einfachen betrachten, vielmehr sehen wir denselben in seinen äußeren Consequenzen als äußerst schwerwiegend an. Wir können ihn nicht loslösen von dem Antrage auf Abänderung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung. Der heutige Antrag will retten, was an Orden und Congregationen der katholischen Kirche noch vorhanden ist, der andere will die katholische Kirche in die Lage bringen, so viele Orden und Congregationen zu schaffen, wie sie will. Eine erschöpfende Debatte müßte beide Anträge verbinden. Die Umstände, welche das Gesetz von 1875 nothwendig machten, sind auch heute noch vorhanden; die Voraussetzungen dieses Gesetzes liegen in den Congregationen und Orden selbst und treffen daher heute noch zu. Der Minister hat erklärt, daß ein Bedürfnis, das Klostergesetz in seiner weiteren Wirksamkeit aufzuheben, nicht vorliege und daß die Aufhebung nach der einen Seite hin eine erhebliche Ungerechtigkeit sein würde. Hiernach bitte ich, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Antrag auf Tagesordnung hat mich insofern nicht überrascht, als man mir gesagt hatte, daß man ihn stellen werde. Man hat sogar die Rücksicht genommen, mir das anzuzeigen, damit ich rechtzeitig um Worte kommen könne. Aber sachlich überrascht mich der Antrag um so mehr, weil derselbe die Zurückweisung einer Bitte a limine judicii, ohne weitere Prüfung, bedeutet. Zwei der heute gehörten Vorträge — ich nehme den meinen aus — waren von so schwerwiegenden Inhalt, daß ich glaube, man wäre zu weiteren Nachdenken über den Gegenstand und zu einer zweiten Berathung veranlaßt worden. Ich glaube gern, daß die Antragssteller nicht Feindseliges beabsichtigten, aber objectiv kann ich mir nichts Feindseligeres denken, als diesen Antrag. Jedenfalls kann mein heutiger Antrag ohne den zur Verfassung discutirt werden, und schließlich könnte ja die zweite Berathung erst nach der Debatte über den Verfassungsantrag stattfinden. Die anderen Ausführungen des Abg. Haude stimmen mit denen des Ministers überein, ich habe sie schon widerlegt. (Widerspruch links. Zur Linken:) Ich zweifle nicht, daß Sie glauben, das Brabo, welches Sie bei der Rede des Ministers vergessen haben, jetzt zweckmäßig nachholen zu können. Uebrigens freue ich mich, daß der Minister meine Ausführungen für unwichtig gehalten hat. Immer, wenn er das thut, so finden sie andere

wichtig. Das Bild von einem unterworfenen, geknebelten Feinde perhorrescirt er durchaus; der Staat und die Staatsregierung sind für mich keine Feinde, ich will sie nicht knebeln. Ich wollte nur die uns gegenüberstehende Regierung auf das aufmerksam machen, was wir im Interesse der von uns vertretenen Bevölkerung für nothwendig halten. Man glaubt vielleicht, uns unterdrücken und knebeln zu können, aber das wird nicht gelingen. Wir beklagen, daß es uns gegenüber an Wohlwollen fehlt und daß dadurch in weiten Kreisen der Bevölkerung nothwendiger Weise eine Mäßigung Platz greifen muß. Wenn man fort und fort geschlagen wird, dann verliert man zuletzt die Geduld und muß sich mit kräftigen Worten erklären.

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und einiger Altconservativen, wie v. Meyer, angenommen, worauf sich das Haus, das nicht mehr in der Stimmung ist, in die Berathung des Antrags v. Schorlemer gegen die Wadefreiheit einzutreten, um 3 Uhr vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Stat des Ministeriums des Innern.)

Berlin, 11. December. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landrath des Kreises Bries, von Reuß auf Lössen, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Kreisgerichts-Rath Nothe zu Zeitz und dem Bildhauer Sußmann-Hellborn zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Tiz zu Weide, im Kreise Schwes, den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem berittenen Säueraufseher Gragänger zu Friesach das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Kanoniker Räder im Pommerschen Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Vorsitzenden des Berliner Vereins deutscher Landwirthschaftsbeamten, Rittergutspächter Jungd zu Fallenberg bei Berlin, den Charakter als „Deconomie-Rath“ verliehen.

Der seitherige Kreis-Bundartzt Dr. Wiedemann zu Königsberg N.M. ist zum Kreis-Physikus des Kreises Osterburg i.M. mit Anweisung des Wohnsitzes in Seehausen i.M. ernannt worden.

Berlin, 11. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörten heute Vormittag die Vorträge des Chefs des Civil-Cabinetts, Wirklichen Geheimen Raths von Wilnowski, sowie des Staats-Secretairs, Staatsministers von Bülow, und empfingen den königlich bairischen Generalmajor von Fries, welcher seine Abberufung von der Stellung als Militairbevollmächtigter meldete.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] ertheilte heute dem Kaiserlich königlich österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Karolyi die nachgesuchte Abschiedsaudienz.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag nach 11 Uhr die Meldung des General-Feldmarschalls Freiherrn von Manteuffel und einiger anderen Offiziere entgegen, ertheilte später dem Kaiserlichen General-Consul in Bukarest, von Alvensleben, Audienz und nahm um 12 1/2 Uhr den Vortrag des Stabes der 4. Armee-Inspection entgegen. Heute Mittag um 12 Uhr ertheilte Seine Kaiserliche Hoheit dem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Deutschen Reiches in Portugal, Freiherrn von Pirch, Audienz und empfing um 2 Uhr mit Ihrer Kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin den Kaiserlich königlich österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Karolyi in Abschiedsaudienz. Am 3 Uhr erfolgte die Abreise Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen nach der Gohrde. (R.-Anz.)

Gewinn-Liste der 3. Klasse 159. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr. (Nur die Gewinne über 135 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 11. Decbr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

75	119	44	46	202	96	313	41	(150)	54	67	547	78	80	748	73	78	
99	(150)	826	64	89	904	(1800)	18	38	1042	66	113	(180)	52	61	76	215	
313	64	88	563	636	97	731	(150)	804	43	96	900	4	71	77	2052	245	
53	85	96	401	(150)	508	(150)	64	72	765	84	820	921	3028	37	40	47	
78	242	48	68	374	83	422	46	47	57	96	535	46	602	7	32	54	
57	94	755	914	60	4032	41	42	76	80	(900)	91	131	252	95	313	29	
62	95	404	53	531	634	37	79	705	(150)	98	894	967	83	90	5015	31	
107	8	19	66	(150)	93	225	44	315	89	(150)	483	(150)	91	96	534	658	
755	805	915	20	39	64	74	6016	68	143	305	50	452	72	551	67	85	
667	760	82	84	855	79	936	48	7000	3	8	59	61	72	(300)	128	49	
55	(150)	99	259	317	66	77	414	21	34	507	58	74	(180)	89	620	50	
701	11	83	890	905	22	48	8065	110	236	40	376	(180)	400	6	99	553	
56	74	703	21	65	(150)	834	54	9138	569	73	(240)	629	66	744	822	24	
39	68	(900)	90	913.	10,026	66	(150)	239	339	414	(150)	44	64	517	618	26	
722	32	42	43	48	836	(240)	59	68	929	35	11,028	46	102	16	25	(150)	51
220	337	50	58	61	65	70	462	77	78	516	64	734	49	52	819	53	
12,045	133	265	92	(150)	93	310	29	(150)	63	451	94	588	93	609	15	23	
63	75	788	822	31	88	661	62	13,094	107	42	233	68	308	30	33	46	
83	97	551	643	61	705	25	836	915	14,023	66	104	235	97	99	348	68	
(150)	69	86	453	95	515	41	43	45	61	90	(150)	647	72	88	761	987	
15,067	(180)	93	(240)	100	24	49	96	245	320	21	567	78	85	93	624	37	
51	71	87	712	32	43	(240)	91	823	32	38	16,011	34	88	(180)	122	37	
765?	500	77	683	737	(150)	69	85	843	71	902	51	84	17,039	105	72	327	
31	38	68	87	452	600	(150)	35	49	75	80	726	52	55	(180)	813	65	
77	91	907	9	17	22	18,113	36	81	96	270	79	10	12	45	47	448	
539	(300)	611	36	778	807	32	39	964	(150)	72	(150)	96	19,012	240	309	32	
96	432	524	30	46	674	(150)	87	766	908	45	49	54	(240)	82.	20,602	11	
30	32	(180)	200	4	44	88	427	30	55	500	88	(300)	663	87	823	64	
937	88	(150)	21,088	141	93	211	58	331	54	88	448	87	505	70	808	34	
35	59	60	905	69	90	22,037	85	(240)	159	222	60	99	367	429	50	72	
559	84	96	601	2	723	806	40	910	47	23,085	114	80	254	93	300	53	
56	448	84	507	53	634	37	51	94	833	911	12	63	92	24,019	26	156	
221	35	54	312	439	502	60	78	803	12	44	77	(3000)	25,051	68	(180)	140	
69	231	80	83	87	93	326	69	492	(150)	549	57	65	644	47	783	811	
21	47	83	988	26,027	36	74	144	(150)	212	55	(150)	373	540	47	95	621	
70	726	42	95	807	77	87	988	27,044	62	164	202	380	418	664	796	906	
67	28,024	95	119	41	70	252	96	(6000)	301	(150)	10	59	565	627	37	78	
717	809	(900)	47	89	963	29,022	83	173	(180)	218	65	341	77	416	65	82	
90	563	84	624	827	(150)	84	909	62.	30,067	278	404	9	38	55	824	42	
57	59	84	31,025	71	(150)	163	82	200	45	62	78	80	393	492	546	661	
73	703	18	39	50	739	(150)	69	84	98	97	92	32,042	82	171	84	203	
40	56	87	352	55	81	402	552	66	77	607	27	49	50	73	78	99	
727	40	(240)	59	80	84	86	830	46	65	93	99	803	5	57	64	(150)	33,023
36	44	52	175	229	47	301	8	55	463	87	89	532	35	50	61	71	97
601	14	52	709	18	69	95	(180)	891	94	98	940	49	(180)	62	72	84	34,051
66	(240)	79	83	86	93	103	15	228	38	48	55	69	70				

180	506	54	150	87	607	64	733	79	910	28	54,037	78	175	205	
5	62	73	385	516	40	54	633	(150)	58	77	(300)	907	9	55,034	42
72	317	436	43	510	22	96	694	741	829	56,118	94	236	62	90	
66	402	(150)	4	(180)	67	75	509	87	98	(18,000)	615	46	72	77	
88	84	817	97	(150)	919	26	50	57	57,021	79	95	116	47	95	
543	663	773	853	95	58,049	82	89	94	172	75	217	301	76	80	
150	87	532	71	86	617	83	720	892	973	59,015	149	56	96	203	
19	21	42	388	418	56	547	92	605	67	762	68	77	93	803	
11	45	53	66	77	88	926	33	96							

**60,018** 22 124 51 236 384 456 57 81 96 628 60 734 58 79  
 838 45 70 959 **61,037** 43 99 111 67 270 329 (180) 96 507 725  
 47 814 24 **62,025** 29 93 (150) 450 54 536 49 615 57 85 720 74  
 93 843 944 59 **63,050** 155 79 287 98 304 (150) 55 408 21 66 93  
 500 2 22 (150) 32 693 853 81 902 18 69 **64,088** 178 81 224 47  
 338 55 65 422 533 68 77 613 36 736 45 83 827 28 **65,020**  
 75 119 322 47 60 402 3 28 30 34 556 612 42 66 706 805 921  
 53 84 (150) **66,008** 22 35 38 43 52 76 125 36 90 271 97 355 63 66  
 95 (180) 420 40 554 66 618 67 722 25 809 11 32 49 58 96 989  
 90 **67,060** 71 76 86 108 42 50 91 98 341 46 63 89 (150) 417 18  
 (150) 82 88 536 50 56 (150) 69 71 611 97 726 822 904 36 79  
**68,033** 54 133 53 61 63 94 314 82 96 406 (150) 14 645 708 39 66  
 73 876 900 39 75 **69,015** 74 246 67 73 77 401 26 39 (240) 42 52  
 533 (150) 56 84 701 3 5 32 75 96 887 907 35 68.

**70,000** 34 85 116 51 54 223 426 98 510 14 20 46 79 84 617  
 93 876 88 901 26 **71,137** 200 316 93 443 56 (150) 503 6 8 (150)  
 15 45 66 69 628 50 73 99 713 19 30 47 909 94 **72,048** 51 59 60  
 88 135 98 225 75 83 351 83 451 79 82 519 40 62 99. 655 729  
 49 (150) 830 89 964 72 92 98 **73,034** 60 100 73 (150) 260 346  
 439 65 567 611 23 77 738 53 90 879 946 62 (150) 89 97 **74,125**  
 31 49 209 12 78 90 306 21 69 70 95 (150) 402 520 39 50 57 (180)  
 84 89 693 753 800 81 90 99 925 54 78 (180) **75,043** 150 (240)  
 86 (150) 245 49 (180) 63 94 321 63 (150) 86 92 460 601 722 57  
 92 52 807 95 99 918 50 52 61 **76,020** 34 (180) 47 50 87 (150) 128  
 211 46 75 340 64 77 566 94 656 71 78 86 (150) 718 84 800 71  
 921 35 49 98 **77,093** 144 65 204 393 412 502 39 (150) 69 78 (150)  
 602 56 74 752 68 85 835 (180) 983 **78,048** 168 85 91 321 57 66  
 424 30 92 505 654 62 68 (150) 97 (180) 794 886 87 940 72 **79,056**  
 (240) 101 4 58 90 251 321 23 491 534 (150) 94 644 77 87 702  
 801 34 (150) 74 932 87.

**80,011** 112 20 26 60 70 218 24 57 330 50 (150) 527 31 657  
 81 93 715 (150) 65 80 824 94 996 **81,020** 169 74 81 225 30 64  
 308 59 488 521 39 43 48 75 622 44 52 727 816 28 **82,001** 203  
 73 (180) 341 50 56 400 47 55 535 607 71 738 47 89 805 91 900  
 38 79 92 **83,021** 28 (150) 36 168 70 80 92 200 355 59 (180) 434  
 38 556 63 79 607 94 (150) 727 74 **84,004** 29 37 40 120 53 (150)  
 92 267 314 (150) 24 413 17 26 38 574 623 48 (150) 81 749 867  
 938 **85,035** 80 117 45 48 53 283 86 332 473 502 7 16 71 691  
 97 708 812 **86,022** 43 283 405 26 31 70 607 62 81 87 715 31  
 39 58 83 92 842 43 77 91 (150) 961 95 99 **87,039** 52 57 76 84 122  
 30 73 206 380 439 67 77 532 35 87 614 27 769 (150) 80 800 60  
 925 43 (150) **88,004** 5 6 31 (180) 45 65 (300) 94 (150) 116 23 207 44  
 98 303 (240) 10 41 44 400 56 79 577 681 717 55 61 890 916 70  
 90 **89,010** 90 93 221 55 348 54 75 79 512 43 90 607 12 75 93  
 703 65 803 57 903 84.

**90,011** (150) 77 100 4 259 85 343 44 95 420 31 642 87 88  
 718 20 822 63 92 908 35 54 86 **91,072** 146 86 83 227 75 353 84  
 413 547 96 632 750 64 866 74 947 89 **92,002** 39 (180) 89 95  
 155 85 91 211 61 372 77 97 (150) 457 536 606 22 88 727 842  
 916 28 **93,024** 88 120 206 55 78 88 475 90 545 656 83 714 (180)  
 866 904 (240) 65 (240) 88 **94,049** 54 85 (240) 92 103 11 73 248 68  
 96 331 (150) 407 41 46 511 31 37 51 70 703 29 31 50 809 86  
 941 97.

**Berlin, 11. Decbr.** [Die Frage der Zolltarifs-Revision im Bundesrathe.] Die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben bezüglich der Einsetzung einer Commission zur Revision des Zolltarifs folgenden Antrag an den Bundesrath gerichtet:

1) Zum Zwecke der Revision des bestehenden Zolltarifs wird eine aus 15 Mitgliedern bestehende Commission von Beamten des Reichs und der Bundesstaaten eingesetzt. Von diesen 15 Mitgliedern werden 3 von dem Reichskanzler, 3 von Preussen, 2 von Baiern und je eines von Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Sachsen-Weimar und von den Hansestädten ernannt werden. Der Vorsitzende wird von dem Reichskanzler aus der Zahl der Mitglieder ernannt. 2) Die Aufgabe der Commission erstreckt sich auf die Revision des ganzen Zolltarifs, sowohl hinsichtlich der äußeren formalen Anordnung und der Uebereinstimmung desselben mit dem geltenden Münz-, Maß- und Gewichtssystem, als auch hinsichtlich des Inhaltes, insbesondere der Vollständigkeit und der Angemessenheit der einzelnen Zollsätze, mit Ausnahme jedoch der einer besonderen Beschlussfassung unterliegenden Finanzartikel. 3) Die Commission wird ermächtigt, zum Zwecke der Bearbeitung von Detailfragen aus ihrer Mitte Subcommissionen zu bilden. 4) Sowohl die Commission selbst, als die von ihr gebildeten Subcommissionen sind berechtigt, Sachverständige zu vernehmen oder schriftliche Gutachten einzuziehen und durch Requisition von Landesbehörden Ermittlungen zu veranlassen. Die Commission sowie die einzelnen Mitglieder sind befugt, bei den Beratungen sich der Hilfe geeigneter Beamten zu bedienen. 5) Das Reich trägt die Kosten der Commission. 6) Die beteiligten hohen Regierungen werden ersucht, die von ihnen zur Theilnahme bestimmten Beamten möglichst bald dem Reichskanzler zu bezeichnen und wegen Erledigung der von der Commission und den Subcommissionen etwa ergehenden Requisitionen geeignete Anordnungen zu treffen.

Der Bundesrath wird sich in einer morgen (Donnerstag) abzuhaltenden Plenarsitzung darüber schlüssig machen. Dem Vernehmen nach wird in dieser Sitzung auch der neue Entwurf des sogenannten Lebensmittelgesetzes wieder vorgelegt.

**Berlin, 11. Decbr.** [Der Kaiser und seine Leibärzte.] Die jüngsten Ordensverleihungen. — Das Generalpostamt in Angelegenheit des Spielkartenspiels. — Die ersten Personen, welche der Kaiser nach der Rückkehr in's Palais empfing, waren seine Leibärzte Dr. Lauer, v. Langenbeck, Wilms. Der Kaiser hatte ihnen schon auf dem Bahnhof gesagt, daß er sie alsbald im Palais zu sehen wünsche. Dort empfing sie der Kaiser mit dem bewegten Ausdruck seines Dankes und festete ihnen eigenhändig die neu verliehenen Orden an mit dem ausdrücklichen Bemerkten, sie möchten diese Orden zum Andenken an die jetzige Zeit immerdar tragen, auch wenn ihnen künftig höhere Klassen derselben verliehen werden sollten. — Die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens an den Prinzen Hohenlohe und des Groß-Kreuzes des Rothen Adler-Ordens an den Staatsminister von Bülow ist am Tage der Rückkehr des Kaisers erfolgt und von diesem Tage datirt. Die Verleihung ist in beiden Fällen nicht durch die Theilnahme der Decorirten am Congreß zu Berlin, sondern durch den Hinweis auf die gesammte erfolgreiche Thätigkeit derselben motivirt. — Am 1. Januar k. J. tritt bekanntlich das Reichsgesetz vom 3. Juli d. J. in Kraft, den Spielkartenspiels betreffend. Das Generalpostamt hat nun in einer Verfügung vom 7. December auf Grund der vom Bundesrath zu dem erwähnten Gesetz beschlossenen Ausführungs-Vorschriften den Postanstalten die Bestimmungen mitgetheilt, bei deren Ausführung die ersteren mitzuwirken haben. Es sind dies namentlich die Bestimmungen über die Postfreiheit des Verkehrs zwischen den Amtsstellen. Außerdem hat das Generalpostamt ein Verzeichniß der zur Abstempelung und Nachstempelung von Spielkarten ermächtigten Zoll- und Steuerstellen zur Kenntniß der Behörden gebracht.

**Berlin, 11. Dec.** [Gedächtnißfeier für Heinrich Bürgers.] Die Leiche des Abg. Bürgers wird heute nach Köln überführt. In einem dazu hergerichteten Raume des Potsdamer Güterbahnhofes werden sich die politischen Freunde des Dahingegangenen und andere Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu einer Gedächtnißfeier versammeln. Der Abg. Hänel wird ein Abschiedswort für den Verstorbenen an die Trauerversammlung richten. [Marine.] S. M. Glattdes-Corvette, „Ause“, 8 Geschütze, Comman-

dant Corb.-Capt. Schering, ist am 7. d. in Plymouth eingetroffen und beabsichtigt nach Einnahme von Kohlen die Reise nach Ostindien und China fortzusetzen.

## Provincial-Beitung.

**B. Breslau, 11. Decbr.** [Der Breslauer Consum-Verein vor dem Polizeirichter des Stadtgerichts.] Gestern wurde die unterm 23. October d. J. vertagte Verhandlung gegen die Direction des Breslauer Consum-Vereins wieder aufgenommen. Bekanntlich handelt es sich in diesem Proceß darum, den Beweis zu führen, daß in verschiedenen Lägern des genannten Vereins speciell in den Jahren 1876 und 1877 auch an Nichtmitgliedern verkauft worden sei. Der Vorstand also durch Nichtanmeldung des Vereins zur Gewerbesteuer eine Steuer-Defraudation begangen habe.

Die angeklagten Vorstandsmitglieder Director Rittergutsbesitzer Delesner aus Butowine, Rentant und Geschäftsführer Sachs und Schuhmachermeister Wolf, beide von hier, erschienen in Begleitung ihres Mandatars Herrn Justizrath Löwe. Die Verhandlung fand im Verhörzimmer 13 vor dem Stadtgerichtsrath Hensel statt, als Vertreter der Polizeianwaltschaft fungirte Herr Polizeianwalt Melde.

Nachdem im vorigen Termin die Beweisaufnahme bereits so weit gediehen gewesen, daß durch Vernehmung von circa 20 Belastungszeugen erwiesen wurde, der Verkauf an Nichtmitglieder habe in verschiedenen Lägern zum Theil zu wiederholtenmalen stattgefunden, handelte es sich heut nur noch um Vernehmung von 4 Belastungszeugen bezüglich der Läger 4 und 18. Da sämtliche Belastungszeugen, was wir hier ausdrücklich wiederholen, entweder Concurrenten des Breslauer Consum-Vereins sind oder zu einzelnen derselben im Dienst-Verwandtschafts- oder Freundschaftsverhältnis stehen, so wird es zur Kennzeichnung der Situation vollkommen genügen, wenn wir nur die zuletzt vernommenen Zeugen ausführlich behandeln. — Eine Frau Scharnke war wegen Krankheit wiederum nicht erschienen, der Herr Polizeianwalt berichtete auf ihre Vernehmung. — Das Dienstmädchen Agnes Urban diente im Jahre 1877 bei Herrn Kaufmann Gubisch. Sie holte auf das Geheiß ihres Dienstherrn wiederholt Waaren im Lager Nr. 4 (Kochstraße). Der Lagerhalter hat, obgleich er die U. nicht persönlich kannte, dieselbe nie gefragt, ob sie selbst Mitglied sei oder für ein Mitglied die Waaren hole? gleichwohl händigte er ihr stets die Rabattmarken aus. — Die Köchin Auguste Tischler war von ihrem Dienstherrn, Kaufmann Scharnke, in dasselbe Lager geschickt worden, um dort Einkäufe zu machen. Auch ihr wurden die Waaren ohne jede Nachfrage verabfolgt. Es waren gleichzeitig mit ihr etwa 3 bis 4 Käufer (Mitglieder) im Geschäftsbüro anwesend. Im Lager Nr. 2 (Klosterstraße) hat die F. einmal Nachmittags Waaren gekauft. Zu jener Zeit befanden sich andere Käufer nicht im Gemälde. — Die Köchin Elisabeth Klose steht in Diensten des Bädermeisters Fischer (Lauenburgerstraße). Sie hat in dessen Auftrage etwa 5 mal Waaren im Lager Nr. 18 (Neue Lauenburgerstraße) gekauft und zwar entnahm sie Spiritus, Petroleum und Fett. Die empfangenen Gegenstände wurden einer Couline des Bädermeisters überbracht, die Letztere war Mitglied des Vereins. Die Klose befundet, ferner auf besondere Befragen, daß sie der betreffende Lagerhalter persönlich kannte resp. wußte, sie diene bei Fischer, der nicht Mitglied des Vereins sei. Für die Couline ihres Vorgesetzten will die K. nie Einkäufe gemacht haben. In der früheren Vernehmung ist constatirt worden, daß die betreffende Couline des Fr. dem Lagerhalter gesagt hatte, „sie werde mandalisch das Dienstmädchen schicken.“ Herr Stadtgerichtsrath Hensel verliest hierauf die unterm 13. April d. J. ertheilte Austunft der Regierung zu Breslau, wonach jedes Lager des Consum-Vereins 72 Mark an jährlicher Steuer zu entrichten gehabt hätte, wenn die Anmeldung erfolgt wäre, hierzu treten eventuell noch 24 Mark für den Ausschuß von Spiritus. — Herr Justizrath Löwe überreicht das Statut des Vereins, in demselben ist ausdrücklich bestimmt, daß nur an Mitglieder verkauft werden darf. In gleichem Sinne lauten alle bisher seitens der Direction für die Lagerhalter erlassenen Instruktionen, von welchen er Einsicht zu nehmen bittet. Auch hat der Vorstand die durch die Anklage erwähnten Lagerhalter zur Stelle gebracht, dieselben werden befunden, daß sie förmlich auf jene Instruktionen in Pflicht genommen sind. Außerdem wird auf ihr Zeugniß producirt, wonach sie in den einzelnen unter Anklage gestellten Fällen wohl zu der Annahme berechtigt waren, die Käufer wären Mitglieder des Vereins oder bei Mitgliedern in Dienst. Meist aber sind die Lagerhalter selbst durch falsche Vorpiegelungen getäuscht worden, den Beweis hierfür liefert der Umstand, daß in den meisten Fällen die nur für Mitglieder gültigen Gegenmarken verabreicht worden sind. — Der Herr Polizeianwalt hält die Aufnahme dieses Beweis-Themas für unerheblich, es genügt zum Thatbestande der Steuer-Defraudation der Nachweis, daß überhaupt an Nichtmitglieder verkauft worden sei. Der Herr Polizeirichter tritt dieser Ansicht bei und lehnt demzufolge die Anträge der Vertheidigung ab. Betreffs des Lagers Nr. 5 ist kein Verkauf an Nichtmitglieder erwiesen worden, dagegen ist dieser Beweis erbracht bezüglich der Läger 1, 2, 4, 7, 13, 14, 16, 17, 18, 20, 21, 22 und 23.

— Die Steuerstrafe beträgt das Doppelte der defraudirten Jahres-Steuer, demzufolge stellt der Polizeianwalt Melde den Antrag, jeden der Directoren in Höhe der verwirkten Strafe mit 72 x 2 x 13 = 1872 M. zu verurtheilen. Im Vermögensfalle würde Haftstrafe mit je 3 Monaten eintreten müssen. Dem Einwand des Herrn Vertheidigers, daß nur die Lagerhalter, nicht aber die Vorstandsmitglieder zur Strafe zu verurtheilen wären, stellt der Herr Polizeianwalt entgegen, daß sowohl der Herr Finanzminister als auch das Polizeipräsidium entschieden haben, die Verantwortung treffe allein die Direction. Beispielsweise müsse ein Kaufmann es bekanntlich vertreten, wenn seine Commis oder Lehrlinge Spiritus verkaufen, ohne daß dem Geschäft eine Concession zum Auskauf ertheilt ist. Ein Droguist, dessen Leute Waaren verkaufen, für die allein die Apotheken ein Verkaufsrecht besitzen, wird durch das Gesetz bestraft. Nicht der Diener, sondern der Herr treffe also die Strafe. In gleicher Weise bestimmt § 19 und 26 des Genossenschafts-Gesetzes, der Vorstand hafte für alle seiner Aufsicht unterstellten Handlungen.

Herr Justizrath Löwe hält von seinem Standpunkte aus eine eingehende Beleuchtung des ganzen Sachverhalts für notwendig. Es komme in Frage, auf welche Weise die Lagerhalter zum Verkauf an Nichtmitglieder bewegt worden sind. Sie haben die betreffenden Käufer stets für Mitglieder gehalten, dies sei durch die Hingabe der für Nichtmitglieder ganz werthlosen Marken erwiesen. Die wenigen Fälle, in denen Marken angeblich gar nicht verabfolgt worden sind, können kaum in Betracht kommen. Entweder liege dann ein Vergehen Seitens der Lagerhalter vor, oder die Käufer können die Marken auch auf dem Ladentisch nicht bemerkt haben. Durch zwei Erkenntnisse der Appellationsgerichte zu Frankfurt a. O. und Magdeburg ist dieser Ansicht Rechnung getragen. Es wurde dort ausdrücklich anerkannt, daß der Lagerhalter durch die Hingabe der Marken sich von dem Verdachte freimachte, er habe in benutzter Weise an Nichtmitglieder verkauft. Aus diesem Grunde beantrage er, alle Fälle auszuheben, bei denen Marken gegeben worden sind. Im Uebrigen sei es gleichgültig, welche Ansicht der Herr Finanzminister oder das Polizeipräsidium haben, hier gelte allein, was Rechtens ist. Der Breslauer Consumverein ist keine eingetragene Genossenschaft, jenes Gesetz könne also auf diesen Verein keine Anwendung finden. Die Lagerhalter haben nicht die Stellung eines Commis oder Lehrlings inne, sondern sie sind vollkommen selbstständig und nur an ihre Instruktionen gebunden. Er müsse aus allen diesen Gründen die Freisprechung der Vorstandsmitglieder beantragen.

Der Herr Polizeirichter sprach, wie wir bereits gemeldet, die Verurtheilung der Directionsmitglieder in der beantragten Höhe aus. Von den sehr ausführlich behandelten Gründen des Urtheils erwähnen wir, daß Herr Stadtgerichtsrath Hensel darauf hinwies, es sei in jedem Falle Pflicht der Lagerhalter gewesen, die Mitgliedschaft der Käufer festzustellen. Der Vorstand sei nach den §§ 16 und 17 des Vereinsstatuts vom 23. September 1874 der alleinige Vertreter des Vereins, insbesondere gegenüber den Behörden, habe also dem Gesetz gegenüber die Fehler der ihm untergebenen Lagerhalter zu vertreten.

**r. Ramlau, 11. Decbr.** [Zur Rinderpest. — Theater.] Nachdem die Regierung in Erfahrung gebracht, daß in letzter Zeit wiederholt Rindviehställe aus Rußland über Wlshim im Kreise Rosenburg in preußisches Landesgebiet eingeschmuggelt und von dort durch den Kreis Ramlau weiter geführt worden sind, hat dieselbe auf Grund der Bestimmungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 7. April 1869 Maßregeln gegen die Rinderpest betreffend, für die nachbenannten im Kreise Ramlau gelegenen Dörfer mit Friedrichsdorf und Riemberg, Wreschitz, Glaußitz, Dörnberg, Reichthal, Gorfelsitz, Schabegur, Groß- und Klein-Butschkau, Friedrichshül mit Marienhof, Charlottenthal, Kreuzendorf, Slorichau, Hangendorf, Proschau, Herzberg, Wudelsdorf, Lorzendorf, Hennersdorf, Reichen, Strehlitz, Polkwitz, Wallendorf, Dzedizh und Noldau die Hornvieh-Controle nach Maßgabe des § 9 der revidirten Instruktion vom 9. Juni 1873 zum Reichsgesetz vom 7. April 1869 angeordnet. — Gestern hat Herr Theater-Director A. Ruhn seinen Cyclus

von Vorstellungen mit dem dreiactigen neuen Lustspiel „Unser Zigeuner“ geschlossen. Die wadere Truppe, die von hier nach Trebnitz geht, hat bei allen ihren Vorstellungen eine günstige Aufnahme zu erreichen gewußt und ihre Leistungen können bestens empfohlen werden.

[Notizen aus der Provinz.] \* Bunzlau. Der „Niederschl. Cour.“ meldet: Herr Pastor prim. Kreisrath hatte Dienstag Nachmittag das Unglück, auf der Promenade in der Nähe des Gymnasiums zu fallen und dabei den linken Arm über dem Handgelenk zu brechen. Die Veranlassung zu diesem unglücklichen Fall war eine Eisbahn, wie sie die Kinder zu ihrem Vergnügen anlegen, auf die Herr Pastor Kreisrath, nichts ahnend, trat, da sie von frischgefallenem Schnee leicht überdeckt war, infolge dessen er anschlitt und so plötzlich hinfiel, daß er den Arm dabei brach, dessen Heilung ihn immerhin einige Wochen von der Verwaltung seines Amtes abhalten dürfte.

+ Opyeln. Das hiesige „Wochenbl.“ meldet: Ein hiesiger Einwohner verlor beim Reinigen des Schweinestalles seine Taschenuhr aus der Tasche und bemerkte diesen Verlust erst, als er sich bereits in seiner Wohnung befand. Nach vielfachem Suchen begab er sich auch in den Stall, um dort seine Recherchen fortzusetzen. Was gewahrt er? Dem Mühselbich hängt ein Stüd der Uhr-fette zum Maule hervor, er greift darnach, zieht an, aber die Kette reißt. Er tröstet sich mit dem Bewußtsein, wo die Uhr aufbewahrt ist und beobachtet nun das Schwein, ob es dieselbe wieder von sich geben werde. Dies geschah jedoch nicht, aber auch das Thier nahm kein Futter mehr, und nach mehreren Tagen blieb nichts übrig, als das bekannte „Familiensett“ zu veranlassen. Das Schwein wurde geschlachtet und die Uhr im Dickdarm, wo sie mit dem anderen Ende der gerissenen Kette hängen geblieben war, vorgefunden. Sie befindet sich gegenwärtig zur Reparatur beim Uhrmacher; merkwürdigerweise war aber ihr Glas von den Kauwerkzeugen des Schweines unversehrt geblieben.

△ Ratibor. Der „Oberschl. Anz.“ berichtet bezüglich der Beschwerde, die von hiesiger ultramontaner Seite gegen die am 18., 19. und 20. v. M. hier selbst vollzogenen Stadtverordnetenwahlen erhoben wurde, daß die Kgl. Regierung die Ratiborer Beschwerdeführer, welche die Ungültigkeitserklärung der dortigen Stadtverordnetenwahlen beantragten, abschlägig beschieden hat.

## Handel, Industrie u.

**Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.**  
**Frankfurt a. M., 11. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min.** [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 80, 925. Wiener Wechsel 173, 30. Böhmische Westbahn 137 1/2. Elisabethbahn 137. Galizier 204. Franzosen\* 221 1/2. Lombarden\* 59 1/2. Nordwestbahn 94 1/2. Silberrente 54 1/2. Papierrente 53 1/2. Oesterr. Goldrente 62 1/2. Ungar. Goldrente 72 1/2. Italiener —. Russ. Bodencredit 72 1/2. Russen 1872 81 1/2. Neue russ. Anleihe 82 1/2. Amerikaner 1885 99 1/2. 1860er Loose 109 1/2. 1864er Loose 255, 00. Creditactien\* 198 1/2. Oest. Nationalbank 681, 50. Darmstädter Bank 115 1/2. Meiningen Bank 75 1/2. Hess. Ludwigsbahn 67 1/2. Ungarische Staatsloose 153, 50. do. Schatzanweisungen, alte —, do. Schatzanweisungen, neue 99 1/2. do. Oibahn-Obligationen II. 64 1/2. Central-Pacific 104 1/2. Reichsbank 155. Reichs-Anleihe 94 1/2. Fest.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198 1/2, Franzosen 221 1/2, Oesterr. Goldrente —, Ungarische Goldrente —, Galizier —, —, 1877er Russen 82 1/2.

\* per medio resp. per ultimo.  
**Hamburg, 11. Decbr., Nachmittags.** [Schluß-Course.] Hamburger St.-Br.-M. 116. Silberrente 54 1/2. Oest. Goldrente 62 1/2. Ung. Goldrente 72 1/2. Creditactien 199, 1860er Loose 109 1/2, Franzosen 553, Lombarden 150, Ital. Rente 74, Neueste Russen 82 1/2, Vereinsbank 120 1/2, Lauras hütte 89, Commerzbank 101 1/2, Norddeutsche 139, Anglo-deutsche 30, Jni. Van 82 1/2, Amerik. de 1885 98 1/2, Köln-Minden. St.-M. 103 1/2, Rhein. Eisenb. do. 107 1/2, Bergisch-Märkische do. 76 1/2, Disconto 3 1/2 pCt. — Schluß fest.

**Hamburg, 11. Decbr., Nachm.** [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine rubig. — Roggen loco und auf Termine rubig. Weizen per December-Januar 174 Br., 173 Gd., per April-Mai 180 Br., 179 Gd. Roggen per Dec.-Jan. 120 Br., 119 Gd., per April-Mai 121 Br., 120 Gd. Hafer still, Gerste still. Kübel rubig, loco 59, per Mai 59. Spiritus fest, per December 44 Br., per Februar-März 43 1/2 Br., per April-Mai 43 1/2 Br., per Mai-Juni 43 1/2 Br. Kaffee sau, Umjag 1000 Saft. Petroleum fest, Standard white loco 9, 10 Br., 9, 00 Gd., per December 9, 00 Gd., per Januar-März 9, 25 Gd. — Wetter: Frost.

**Liverpool, 11. Decbr., Vormittags.** [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Aufschlußreicher Umjag 8000 Ballen. Unverändert. Zagesimport 1000 B. amerikanische.

**Liverpool, 11. Decbr., Nachmittags.** [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umjag 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 2500 Ballen. Amerikanisch 1/2 D. billiger.

**Paris, 11. Decbr., Vormittags 11 Uhr.** [Productenmarkt.] Weizen loco matter, Termine matt, per Frühjahr 8, 67 Gd., 8, 70 Br. Hafer per Frühjahr 5, 87 Gd., 5, 90 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 95 Gd., 5, 00 Br. — Wetter: Prachtvoll.

**Paris, 11. Decbr., Nachm.** [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen rubig, per December 26, 75, per Januar-Februar 27, 00, per März-April 27, 25, März-Juni 27, 50. Mehl rubig, per December 60, 00, per Januar-Februar 60, 25, per März-April 61, 00, per März-Juni 61, 00. Kübel behauptet, per December 85, 00, per Januar 85, 25, per Januar-April 85, 25, per Mai-August 85, 50. Spiritus rubig, per Decbr. 61, 50, per Januar-April 60, 25. — Wetter: Schön.

**Paris, 11. Decbr., Nachm.** Kohlen loco rubig, Nr. 10/13 pr. Decbr. pr. 100 Kilogr. 50, 75, Nr. 5 7/8 pr. December per 100 Kilgr. 56, 75. Weißer Zucker rubig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per December 59, 50, per Januar 60, 00, per Januar-April 60, 50.

**London, 11. Decbr.** Habannaguder Nr. 12 22 1/2. Träge.

**Antwerpen, 11. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min.** [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22 1/2 Br., per Januar 22 1/2 Br., per Februar 22 1/2 Br., per März 22 1/2 Br. — Fest.

**Bremen, 11. Decbr., Nachm.** Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 90, per Januar 8, 80, per Februar 8, 90, per März-April 9, 00. Alles besaßt.

**Berlin, 11. Decbr.** [Producten-Bericht.] Wir haben leichten Frost und wenig Schnee. Die Stimmung für Roggen war auch heute fest, aber der Handel auf Termine bei ein wenig höheren Preisen recht unbedeutend. Das Angebot loco ist der vorsichtigen Kaufstift mindestens ebenbürtig, daher ließen sich bessere Preise nicht bedingen. — Roggenmehl etwas höher. — Weizen sehr still, Preise unverändert. Die ungünstigen Berichte von außerhalb haben auf unsern Markt bemerkbar nicht eingewirkt. — Hafer loco matt. Termine, fest gehalten, leblos. — Kübel sehr rubig, eher matt. — Petroleum fester. — Spiritus hat in der Preissteigerung weitere Fortschritte gemacht. Verkäufer sind sehr vorsichtig, der Begehr erlangte denn auch entschiedenes Uebergewicht.

Weizen loco 150—192 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer märkischer — M., feiner gelber russischer — Markt ab Bahn bez., per December 173 M. bez., per April-Mai 177 1/2—178 M. bez., per Mai-Juni 180—180 1/2 M. bez. Gefündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 173 M. — Roggen loco 114—131 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 114—120 M., neuer russischer — M., neuer inländischer 122—125 M., feiner inländischer — M. ab Bahn und Kahn bez., per Decbr. 120 M. bez., per December-Januar 119 1/2 M. bez., per Januar-Februar 120 M. bez., per April-Mai 121—121 1/2 M. bez., per Mai-Juni 121 1/2 M. bez. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 120 M. — Gerste loco 112—185 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco — M. nach Qualität gefordert, ungarischer 120—126 M. ab Bahn bez. — Hafer loco 95—130 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 100 bis 115 M. bez., russischer 100—114 M. bez., pommerscher 110—116 M. bez., schlesischer 110—120 M. bez., böhmischer 110—120 M., feiner weißer pommerscher und medlenburgischer 120—125 M. bez., feiner weißer russischer M. ab Bahn bez., per December — M. bez., per April-Mai 116 1/2 M. bez., per Mai-Juni 118 1/2 M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Erbsen, Rothwaare 145—195 M., Futterwaare 125—141 M

Die 57. M. bez., per Mai-Juni 58,1-58 M. bez., Gefündigt 2400 Str. ...

Berlin, 11. Dec. [Börse.] Die Börse blieb auch heute in der Haupt- sache gefäftslos und die Stimmung, die gestern noch fest genannt werden konnte, erwies sich bedeutend abgeschwächt.

Die Gesetvorlage angenommen, durch welche das Gehalt der Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris, Berlin, Petersburg und London auf je 15,000 Dollars festgesetzt und die Regierung zur Ernennung eines Generalconsuls in Athen ermächtigt wird.

Berliner Börse vom 11. December 1878.

Table with columns: Fonds- und Geld-Course, Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists various securities and their prices.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Actien. Lists specific railway stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Table with columns: Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien. Lists railway priority stocks and their values.

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Amsterdam 100 Fl. ... London 1 Lstr. ... Paris 100 Frca. ... Petersburg 100 SR. ... Wien 100 Fl. ...

Literarisches.

„Kleine Erzählungen und nachgelassene Schriften“ von Friedrich Gerstäcker. Drei Bände. (Zena, Costenoble) Ein alter Bekannter des deutschen Lesepublikums, ein unermüdlicher Weltfahrer, der nun selbst bereits in das Land heimgegangen, aus dem kein Wanderer wiederkehrt, erscheint nochmals vor unserm geistigen Bilde.

Leben und Wehen der Natur. Volksausgabe des Kosmos für gebildete Familien. Von Dr. A. U. Böhrner. Dritte vermehrte Auflage. Mit 16 lithogr. Tafeln und vielen Illustrationen. Ver. Octav. (Hannover, Carl Rumpel.)

Das „Leben und Wehen der Natur“ will durch liebliche Naturbilder den erhabenen schöpferischen Gedanken veranschaulichen, der das Weltall durchdringt; es hat sich die Aufgabe gestellt, die neuesten Resultate des gesammelten Naturwissens den weitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Wien schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Desfaaten ohne Aenderung. Schlaglein unverändert.

Wien schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Desfaaten ohne Aenderung. Schlaglein unverändert.

Wien schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Desfaaten ohne Aenderung. Schlaglein unverändert.

Wien schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Desfaaten ohne Aenderung. Schlaglein unverändert.

Wien schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Desfaaten ohne Aenderung. Schlaglein unverändert.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with columns: Dec. 11., 12., Nachm. 2 U., Abends 10 U., Morgens 6 U. Lists weather observations.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.) Wien, 11. Dec. Meldung der „Polit. Corresp.“ aus Konstantinopel von heute: Die Verletzung Mahmud Damat Paschas nach Tripolis ist angeblich in Folge der Entdeckung einer gegen den Sultan gerichteten Verschwörung, an deren Spitze Mahmud Damat Pascha gestanden haben soll, erfolgt.

Rom, 10. Decbr. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründeten mehrere Deputirte ihre Motionen für oder gegen das Cabinet. Die Abstimmung erfolgt voraussichtlich morgen.

Madrid, 10. Decbr. Der neu ernannte deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Solms-Sonnenwalde, hat heute dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Konstantinopel, 10. Decbr. Mahmud Damat Pascha wurde in der vergangenen Nacht zum Sultan in das Palais Serail und zum Gouverneur von Tripoli di Barbaria ernannt.

Rom, 10. Decbr. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründeten mehrere Deputirte ihre Motionen für oder gegen das Cabinet.

Madrid, 10. Decbr. Der neu ernannte deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Solms-Sonnenwalde, hat heute dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Konstantinopel, 10. Decbr. Mahmud Damat Pascha wurde in der vergangenen Nacht zum Sultan in das Palais Serail und zum Gouverneur von Tripoli di Barbaria ernannt.

Rom, 10. Decbr. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründeten mehrere Deputirte ihre Motionen für oder gegen das Cabinet.

Madrid, 10. Decbr. Der neu ernannte deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Solms-Sonnenwalde, hat heute dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Konstantinopel, 10. Decbr. Mahmud Damat Pascha wurde in der vergangenen Nacht zum Sultan in das Palais Serail und zum Gouverneur von Tripoli di Barbaria ernannt.

Rom, 10. Decbr. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründeten mehrere Deputirte ihre Motionen für oder gegen das Cabinet.

Madrid, 10. Decbr. Der neu ernannte deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, Graf Solms-Sonnenwalde, hat heute dem Könige sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Konstantinopel, 10. Decbr. Mahmud Damat Pascha wurde in der vergangenen Nacht zum Sultan in das Palais Serail und zum Gouverneur von Tripoli di Barbaria ernannt.

Rom, 10. Decbr. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung begründeten mehrere Deputirte ihre Motionen für oder gegen das Cabinet.

Wau-Wau's, überraschender, höchst belustigender Weihnachtsbescher, Stad 50 Pf., sind wieder da. Tsching-Tsching, chinesisches Theater, beweglich, Mart 2.50. [8797]

Mozart, neuestes musikalisches Würfelspiel zum Componiren von Längen, M. 7.50, sowie viele Neuheiten für den Weihnachtsfest, empfehlen. Lask & Mehrländer, Nicolaistr. Nr. 76.

Garnirte Hüte, Garnirte Kopftücher, Wollene Taillentücher, offerire ich in reichhaltigster Auswahl billigt. Wilhelm Prager, Ring 18. [8961]

Astrachaner russ. Caviar, nur in großem Prämiaaare offerirt das Brutto-Pfd. für Mt. 4.50 L. Silbermann, [8290] Caviar-Importeur, Myslowig D.-S.

Hochprima Astrachaner Caviar, à 4 Mk. per Brutto-Pfund, versendet franco gegen Einsendung des Betrages D. Scheinwechsler, Zabrze O.-S.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Groß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.